



Themen

Syrisches Mosaik

Ba'ath-Ideologie

Damaszener Frühling

Rebellion und Bürgerkrieg

Herausforderungen

Syrien: Abgesang des arabischen Nationalismus

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt



Somalia

Optionen – Chancen – Stolpersteine

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen in Somalia reichen von Migration und Piraterie bis zu Staatszerfall und Terrorismus. Dabei ist Somaliland de facto unabhängig, Puntland weitgehend autonom und in Südsomalia herrscht Chaos. Von außen betrachtet sind neben einer sorgfältigen Analyse der Situation kreative Ansätze zur Krisenbewältigung gefragt. Neben der UNO sind besonders die Afrikanische Union, die Regionalorganisation IGAD sowie die Nachbarstaaten, vor allem aber die Somalier selbst gefordert, Lösungen für eine positive Zukunft Somalias zu entwickeln.



Türkei: 10 Jahre AKP-Regierung

Eine Bilanz

Mit dem Wahlsieg der Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei (AKP) 2002 begann ein neues Kapitel in der Geschichte der Türkei. Die Regierung verfolgte einen umfassenden Reformkurs und die Rolle des Militärs wurde zurückgedrängt. Neben der traditionellen Orientierung an den USA und der EU, sind eine stärkere Beachtung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten und ein größeres regionales Engagement als neue Hauptkomponenten zu erkennen. Die 10 Jahre der AKP-Regierung haben der Türkei eine nie gekannte Stabilität gebracht. International ist die Türkei heute politisch und wirtschaftlich stärker als bei Amtsantritt der AKP.



Internationales Krisenmanagement

Eine Bestandsaufnahme

Eine wesentliche Zielsetzung dieses Bandes besteht darin, nicht nur eine kritische Bestandsaufnahme vorzunehmen, sondern auch in kompakter und fokussierter Weise Erkenntnisse festzuhalten. Denn das Phänomen der Kurzlebigkeit – siehe die kurze Verweildauer von Spezialisten und Spezialistinnen sowie von Truppenkontingenten in internationalen Einsätzen – stellt auch ein bestimmendes Element bei Friedensmissionen dar und führt dazu, dass wesentliche Erfahrungen oft nur kurz von Nutzen sind, weil sie rasch wieder in Vergessenheit geraten.



Neue Chancen für Somalia

Am 10. September 2012 wurde Hassan Sheikh Mohamud vom somalischen Parlament mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Damit wurde ein politischer Prozess abgeschlossen, der noch ein Jahr zuvor für beinahe unmöglich gehalten worden war. Die Umsetzung vieler Punkte der End of Transition Roadmap bedeutet aber keineswegs ein Ende der Übergangsperiode, sondern nur einen weiteren Schritt in Richtung politische Normalität. Die Al Shabaab Milizen konnten zwar aus strategisch wichtigen Städten wie Mogadishu und Kismaayo vertrieben werden, Selbstmordattentäter sind aber weiter aktiv und stellen nach wie vor eine Bedrohung dar.



Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. IFK Aktuell folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.

IFK Aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVak/BMLVS) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte und Ansätze zu deren Bewältigung. Weiters wird auf neue Trends und Erscheinungsformen im Zusammenhang mit internationalem Krisenmanagement hingewiesen. Die Inhalte von IFK Aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLVS unter:

www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml



Bild: Nadja Meister

Der Institutsleiter
Bgdr Dr. Walter Feichtinger

Syrien: Abgesang des arabischen Nationalismus

Als Baschar al-Asad im Jahr 2000 die Nachfolge seines Vaters an der Spitze des syrischen Staates antrat, wurde nicht nur eine Art moderner dynastischer Thronfolge in einem säkular gerierten Staat umgesetzt. Vielmehr verband sich mit diesem Machtwechsel die Hoffnung auf eine politische Öffnung sowie ökonomische Entwicklung. Erstere fand ihren Ausdruck im so genannten Damaszener Frühling von 2000/2001, der - wie sich bald herausstellen sollte - eine bloß oberflächliche und vorübergehende Entwicklung darstellte. Die wirtschaftliche Lage veränderte sich zwar dezidiert, erfuhr eine zögerliche Öffnung und produzierte gewissen Wachstum, bediente aber aufgrund der extrem klientelistischen Verquickung mit der politischen Elite primär letztere.

Die durch das Hariri-Attentat (2005 in Beirut) ausgelösten, anti-syrischen Massendemonstrationen zwangen die syrische Armee schließlich, dem internationalen Druck nachzugeben und sich in ihr Heimatland jenseits des Anti-Libanon zurückzuziehen. Damit wurde die mehr als zwei Jahrzehnte währende Besetzung des Nachbarlandes zwar beendet – doch in der Logik der großsyrischen Ideologie des Ba’ath (Wiedergeburt) stellt die Zedernrepublik unwiderruflich einen ökonomisch essentiellen und integrativen Bestandteil der Syrischen Arabischen Republik dar. Trotz dieses umfassenden Truppenrückzugs (14.000 Mann) und der innersyrischen Wiedereingliederung wird die Armee derzeit nicht mehr Herr der Lage im eigenen Land.

In dieser Ausgabe soll anhand einer genauen Darstellung der Situation vor dem Bürgerkrieg (staatstragende Ideologie, außenpolitische Orientierung, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung) aufgezeigt werden, aus welchen Elementen sich die Unzufriedenheit breiter Gesellschaftsschichten über die Jahre nährte, welche schlussendlich im März 2011 mit dem Ruf der Schüler in Deraa nach einem Systemwechsel („Das Volk will den Sturz der Ordnung“) gipfelte und mittlerweile in einen umfassenden Bürgerkrieg gemündet ist.

INHALT

<p>Syrien: Mosaik der Religionen und Ethnien</p> <p>Sunniten: politisch marginalisierte Mehrheit Alawiten: Beherrscher Syriens? Kurden: zwischen den Fronten Christen: Angst vor islamistischer Radikalisierung</p>	<p>Seite 4</p>
<p>Ba’ath-Ideologie: Arabischer Sozialismus oder Machtinstrument?</p> <p>Machtübernahme durch die Ba’ath-Partei Hafez al-Asad und die politische Praxis des Regimes Die Außenpolitik unter Hafez al-Asad</p>	<p>Seite 6</p>
<p>Damaszener Frühling: von Hafez zu Baschar al-Asad</p>	<p>Seite 9</p>
<p>Wirtschaft: Marktöffnung, Korruption und Dürre</p> <p>Öffnung des syrischen Marktes Bruchstückhafte Liberalisierung Verschärfung der ökonomischen und gesellschaftlichen Krise</p>	<p>Seite 12</p>
<p>Von der Rebellion zum Bürgerkrieg</p> <p>Die Opposition Interessen und Handlungsoptionen externer Akteure</p>	<p>Seite 14</p>
<p>Perspektiven und Herausforderungen</p> <p>Konfliktlösungsszenarien Ideologische Aspekte Militärische Zugänge Geopolitische Dimension</p>	<p>Seite 16</p>

Syrien: Mosaik der Religionen und Ethnien

Syriens Bevölkerung ist weder ethnisch noch religiös homogen. Unter den derzeit etwa 22 Millionen Einwohnern sind 90 % Araber und 9 % Kurden. Daneben gibt es kleine armenische, tscherkessische, türkische, griechische und Roma-Minderheiten.

Der Großteil der Bevölkerung gehört der islamischen Glaubensgemeinschaft an. Davon sind wiederum 74% Sunniten, die restlichen 16% sind Schiiten, Drusen und Alawiten. Dem Christentum gehören 10% der Bevölkerung an. Außerdem gibt es kleine jüdische Gemeinden in Damaskus, Al Qamishli und Aleppo.

Die ethnischen und religiösen Minderheiten sind nicht identisch. Um die innenpolitischen Mechanismen Syriens zu verstehen, muss zunächst die Vielfalt ethnischer und religiöser Gruppen und deren Rolle im komplexen syrischen Machtgefüge untersucht werden.

Sunniten: politisch marginalisierte Mehrheit

Mit etwa zwei Dritteln der Bevölkerung gehören die meisten Syrerinnen und Syrer dem sunnitischen Islam an. Dementsprechend stellen Sunniten auch in beinahe allen Teilen des Landes die Mehrheit. In der Gesellschaft sind sie in allen sozialen Schichten vertreten: einerseits rekrutiert sich die Händler-Elite bis heute vor allem aus Sunniten, andererseits ist ein großer Teil der verarmten Landbevölkerung ebenfalls dieser Konfession zuzurechnen.

Unter der seit den 1960er-Jahren herrschenden Ba'ath-Partei waren die Sunniten plötzlich nicht mehr wie gewohnt die politisch dominante Gruppe. Zwar waren von Beginn an auch Sunniten Mitglieder der Partei, doch vor allem in den höheren Rängen herrschen religiöse Minderheiten vor, die ihre Legitimität von der Ideologie des arabischen Nationalismus ableiten konnten.

Der derzeitige Bürgerkrieg in Syrien ist auch nur zu verstehen, wenn religiöse Bruchlinien einbezogen werden. Die Abspaltung der Schiiten geht ursprünglich auf einen Erbfolgestreit in der frühen Phase des Islams zurück. Seither ist der Konflikt zwischen den beiden größten Religionsgruppen des Islams, den Sunniten und den Schiiten, immer wieder aufgeflammt. Dies spielt auch in Syrien eine Rolle, da die herrschende Elite der Alawiten als schiitisch gilt und die Regierung zudem eng mit dem schiitischen Iran verbündet ist. Die meisten arabischen Staaten, insbesondere die Golfstaaten Qatar und das Königreich Saudi-Arabien, unterstützen jedoch die Opposition, um die geopolitische Position des Iran in der Levante zu schwächen. Die starke Einflussnahme externer Akteure in dem Konflikt ist somit auch Ausdruck des Hegemoniestreites zwischen Iran und Saudi-Arabien – den jeweils führenden schiitischen und sunnitischen Staaten.

Alawiten: Beherrscher Syriens?

Die Alawiten sind eine religiöse Minderheit, die größtenteils in der Küstenregion im Nordwesten Syriens lebt. Trotz eines Bevölkerungsanteils von nur 12% sind sie überproportional häufig in hohen politischen, militärischen und nachrichtendienstlichen Positionen vertreten. Von der sunnitischen Mehrheit zumeist kritisch als unislamische Sekte beäugt, prägte sie auch die Suche nach Bestätigung: 1936 untermauerte der Großmufti Jerusalems, Amin Al-Husseini, erstmals ihre Zugehörigkeit zum Islam, 1952 deklarierte sie der syrische Großmufti mittels Fatwa als Schiiten.

1963 fand ein Militärputsch unter Hafez al-Asad statt und 1971 erfolgte seine Ernennung zum ersten alawitischen Präsidenten Syriens. Die syrische Verfassung schreibt vor, dass das Staatsoberhaupt Muslim sein muss. Daher versuchten die Sunniten, dem Alawiten Asad den Herrschaftsanspruch streitig zu machen, mit der Begründung, dass Alawiten keine richtigen Muslime seien. In Folge dessen suchte Hafez al-Asad Unterstützung bei schiitischen Geistlichen. Durch den Rückhalt von Seiten des damaligen geistigen Oberhauptes der Schiiten im Libanon, Imam Musa as-Sadr, gewann die alawitische Gemeinde erneut an Legitimation. 1973 attestierte der libanesischen Geistliche den Alawiten via Fatwa, dass sie Muslime seien und erkannte sie offiziell als Schiiten an.

Unter Hafez al-Asad wurden politische Positionen auch an Sunniten und Christen verteilt, doch die meisten Ämter, vor allem im sicherheitspolitischen Bereich, wurden von Alawiten besetzt. In der militärischen Hierarchie ist in der Regel der oberste General ein Alawit und auch als Mitarbeiter der Geheimdienste werden sie bevorzugt. Dabei sind familiäre Bindungen allerdings noch bedeutsamer als bloße konfessionelle Zugehörigkeit. Von einer rein alawitischen Herrschaft kann somit nicht die Rede sein. Dennoch



Alltagsszene im Zentrum von Damaskus

fühlen sich viele Sunniten benachteiligt. Auch regimekritische Alawiten beklagen, dass sie einerseits von nicht-alawitischen Syrern als Nutznießer des Systems betrachtet werden, andererseits aber vom Regime entrechtet wurden. Schließlich unterliegen Alawiten dem sunnitischen Recht, im Gegensatz zu anderen Glaubensgemeinschaften, die ihre familienrechtlichen Fragen nach ihrem eigenen Kodex regeln können. Darüber hinaus ist die öffentliche Ausübung alawitischer Praktiken verboten und es gibt kein religiöses Oberhaupt. Mit diesen Maßnahmen versuchte das Asad-Regime die Sunniten zu kooptieren.

Beobachter sehen mit Sorge, dass der Aufstand gegen das Regime zunehmend fundamentalistisch-sunnitische Züge annimmt. Im Falle eines Umsturzes in Syrien bestünde die Gefahr, dass Alawiten aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben – oder sich in den Jebel Ansariyeh entlang der Küste zurückziehen werden. Berichte über gezielte Verfolgungen von Alawiten gibt es jedoch kaum, denn die syrische Opposition scheint Nachrichten über solche Vorgänge kleinzuhalten.

Kurden: zwischen den Fronten

Etwa 10 % der syrischen Bevölkerung sind Kurden. Die meisten syrischen Kurden bekennen sich zum sunnitischen Islam und sprechen das indo-germanische Kurmandschi, wodurch sie sich von den anderen überwiegend Arabisch sprechenden Minderheiten unterscheiden. Hauptsiedlungsgebiet der Kurden ist Nordostsyrien entlang der Grenzen zur Türkei und dem Irak.

Bis Ende der 50er Jahre waren die syrischen Kurden im Besitz von kulturellen Freiheiten und die kurdischen Gebiete Syriens waren auch ein Zufluchtsort für Kurden, die aus der Türkei oder dem Irak fliehen mussten. Mit der Machtübernahme der Ba'ath-Partei im Jahre 1963 sowie dem Erstarken der groß-syrischen Ideologie begann jedoch eine restriktive Kurdenpolitik: kurdische Publikationen wurden verboten, kurdische Ortsnamen geändert und Kinder mit kurdischen Namen nicht mehr registriert. Zusätzlich wurde einer großen Anzahl syrischer Kurden die Staatsbürgerschaft aberkannt und an der Grenze zur Türkei wurde durch Umsiedlungs-Maßnahmen ein "arabischer Gürtel" geschaffen. Diese Arabisierungskampagne wurde erst 1973 eingestellt.

Amnesty International berichtet auch 2012 weiterhin von Diskriminierungen gegenüber der kurdischen Minderheit: Die Einschränkungen betreffen den Gebrauch der kurdischen Sprache und kulturelle Aktivitäten. Menschenrechtlich Engagierte, die sich für die Rechte der Kurden einsetzten, waren weiterhin von Festnahmen und Inhaftierungen bedroht.

Seit März 2011 tobt der Aufstand der syrischen Bevölkerung gegen den Machtinhaber Baschar al-Asad. Obwohl die Kurden vom Regime unterdrückt wurden, trauen viele der Opposition und den Aufständischen nicht, da sie Angst vor neuer Unterdrückung haben. Auch wenn die kurdischen Gebiete im Nordosten Syriens zu Beginn der Aufstände von Gewalt weitgehend verschont blieben, wurde die Lage seit Anfang 2012 immer angespannter und es kommt zu vereinzelt Kämpfen in kurdisch dominierten Provinzen.

Christen: Angst vor islamistischer Radikalisierung

Christliche Minderheiten finden sich hauptsächlich in den urbanen Zentren Damaskus, Homs und Aleppo und machen rund 10% der Bevölkerung aus. Den Großteil der christlichen Minderheit stellt die griechisch-orthodoxe Gemeinde dar. Außerdem finden sich kleinere armenische, syrisch-aramäische, maronitische und assyrische Gemeinden.

Als Vordenker des arabischen Nationalismus und Mitbegründer der syrischen Ba'ath-Partei gilt der christliche Intellektuelle Michel Aflaq. Die Christen in Syrien erhofften sich in einem säkularen Staatssystem, wie es die Ba'ath-Partei postulierte, eine stärkere Einbindung, doch mit der Verfassung von 1950 wurde das Islamische Recht zur Grundlage des Rechtssystems und durch diese Entwicklung erfuhr die christliche Minderheit zunehmend Nachteile. Die ökonomische Krise in den Folgejahren trug schließlich zur massiven Emigration syrischer Christen bei.

Diskriminierungen gegen Christen fanden jedoch bei weitem nicht in dem Ausmaß wie gegen Kurden statt. Besonders die orthodoxen Christen hatten einen privilegierten Status unter der Herrschaft von Asad: Sie konnten ihre Religion frei ausüben und auch führende Positionen in Wirtschaft und Politik einnehmen. Bei Parlamentswahlen in Ländern des arabischen Frühlings hat sich jedoch gezeigt, dass islamistische Strömungen im Aufwind sind. Viele Christen fürchten daher, ihren privilegierten Status durch eine mögliche politische Islamisierung Syriens zu verlieren und beteiligen sich daher nicht aktiv am Aufstand gegen den Machthaber. Dieser wird überwiegend von Sunniten getragen, vor allem in den aktiv kämpfenden Gruppen in Syrien. Unter oppositionellen Gruppen, die im Ausland tätig sind, finden sich allerdings durchaus auch Christen in prominenten Positionen, wie zum Beispiel Michel Kilo.

HINTERGRUND

■ Palästinensische Flüchtlingslager

Palästinensische Flüchtlinge in Syrien – laut UNRWA etwa 486.000 – kamen seit 1948 im Zuge der israelisch-arabischen Kriege nach Syrien. Die Palästinenser, die in neun offiziellen und drei inoffiziellen Flüchtlingslagern leben, genießen einige, ansonsten nur syrischen Staatsbürgern vorbehaltene Rechte. Dennoch sind ihre Lebenssituation sowie Entwicklungsmöglichkeiten erheblich schlechter, als jene eines großen Teils der Bevölkerungsmehrheit. Die radikal-islamische Palästinenserorganisation Hamas, die in Syrien lange Zeit ein sicheres Quartier für ihr Politbüro gefunden hatte, wandte sich schnell von Asad ab und verließ das Land Richtung Qatar. Die palästinensische Autonomiebehörde sowie andere palästinensische Organisationen in Syrien haben jedoch dazu aufgerufen, neutral zu bleiben und sich nicht in den Konflikt hineinziehen zu lassen. Unter den Palästinensern in Syrien gibt es allerdings sowohl Unterstützer als auch Gegner Asads, sodass sie zunehmend zwischen die Fronten geraten. Die Gewalt ist jedenfalls unzweifelhaft auch in den Lagern angekommen.

Im Flüchtlingslager Yarmouk, südlich von Damaskus, kommt es seit Mitte Dezember 2012 vermehrt zu Kampfhandlungen und Bombardierungen durch die syrische Luftwaffe. Eine Flucht vor den Kämpfen ist für palästinensische Flüchtlinge im Gegensatz zu Syrern und Syrerinnen erschwert, da sie über keine Staatsbürgerschaft verfügen.

Ba'ath-Ideologie: Arabischer Sozialismus oder Machtinstrument?

Die Ba'ath-Ideologie entstand im Kontext des Kampfes gegen den Kolonialismus mit der Absicht, westlichen Ideologien etwas kulturell Eigenes, genuin ‚Arabisches‘ entgegenzusetzen. Gegründet wurde die Partei 1940 von Michel Aflaq und Salah ad-Din al-Bitar in Damaskus. Als Grundpfeiler der Ba'ath-Ideologie gelten: Einheit, Freiheit und Sozialismus.

Der erste dieser Pfeiler, die Einheit, zielt auf die Bildung einer geeinten arabischen Nation und die Beseitigung der von den als imperialistisch bezeichneten Mächten willkürlich gezogenen politischen Grenzen ab. Die Ba'ath-Ideologie baut auf dem Konzept eines arabischen Nationalismus auf, als dessen Vordenker Sati al-Husri gilt. Ausgangspunkt der Überlegungen Al-Husris war die politische Zersplitterung der Araber, die überwunden werden sollte. Hierbei knüpfte er an das deutsche Konzept der auf gemeinsamer Sprache und Geschichte basierenden „Kulturnation“ an. Als Vorbild empfand er die Einigung Deutschlands von 1871, die er auf eine zugrunde liegende kulturelle Einheit zurückführte. Für al-Husri gehörte daher jeder, der Arabisch sprach und die arabische Geschichte teilte, der arabischen Nation an. Dabei steht das Wohl der Nation über den Interessen und Rechten des Einzelnen. Die Grenzen der arabischen Nation definierte al-Husri entsprechend der Sprachgrenzen. Damit wurden ganz Nordafrika und der Sudan miteinbezogen. Er betonte, dass schon vor dem Islam eine arabische Hochkultur bestanden habe. Grundsätzlich widerspreche der Islam nicht dem arabischen Nationalismus, aber er war für al-Husri auch keine ausreichende Grundlage für die Bildung einer Nation. Zwar spielt der Islam auch eine gewisse Rolle, aber diese Verbindung war für ihn schwächer, als die, die aufgrund gemeinsamer arabischer Sprache und Geschichte bestünde. Die arabische Nation sollte somit laut al-Husri säkular sein, um alle Konfessionen der Araber zu einen.

HINTERGRUND

■ Die Ba'ath in Syrien und im Irak

Neben Syrien kam die Ba'ath-Partei bereits 1958 im Irak erstmals an die Macht. Dies führte jedoch nicht zu verstärkter Zusammenarbeit oder einem engeren Bündnis. Aufgrund der zunehmenden Spaltung der beiden Partei-Flügel kam es zu jahrzehntelangen Spannungen zwischen den ba'athistisch regierten Staaten unter Hafez Al-Asad einerseits und Saddam Hussein andererseits.

Abspaltungen, interne Differenzen, aber auch Phasen der Konsolidierung begleiteten die Partei seit ihrer Gründung. Am folgenreichsten war der Konflikt 1966, als es innerhalb der syrischen Ba'ath zu einem Putschversuch kam. Infolgedessen gingen zahlreiche führende Mitglieder ins Exil, die 1968, ab der endgültigen Machtübernahme der irakischen Ba'athisten, in Bagdad aufgenommen wurden. Fortan ernannten sich sowohl die Herrscher in Syrien als auch jene im Irak zu den Hütern der pan-arabischen Ba'ath-Ideologie und ihre Gegner zu „Abweichlern“, unter anderem weil sich in Damaskus eine ‚großsyrische‘ Variante des Ba'ath durchsetzte. Im irakisch-iranischen Krieg (1980-1988) unterstützte Asad folglich ebenso die Gegner des neuen irakischen Herrschers Saddam Husseins wie im Konflikt um Kuwait (1991).

Der Grundpfeiler ‚Freiheit‘ hat in der Ba'ath-Ideologie zwei Bedeutungen. Für die arabische Gesellschaft gilt es sowohl persönliche als auch demokratische Freiheit zu erreichen. Unter persönliche Freiheit fallen z.B. die Rede-, Versammlungs-, und Glaubensfreiheit. Formell gibt es auch eine ganze Reihe demokratischer Elemente in der Parteiverfassung wie z.B. die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Judikative. Allerdings entsprechen diese formellen Ansprüche nicht der Realität, da die Grundrechte, die jedem Bürger garantiert werden, durch „höheres arabisches nationales Interesse“ beschränkt werden können. Andererseits wird unter Freiheit auch nationale Unabhängigkeit und Freiheit von Kolonialismus, sprich staatliche Souveränität verstanden.

‚Sozialismus‘, als drittes und letztes Grundelement der Ba'ath-Ideologie, geht aus dem arabischen Nationalismus hervor. Die Ba'ath-Partei versteht sich hierbei als revolutionäre Partei, durch die eine egalitäre Gesellschaft aufgebaut werden kann. Die Ba'athisten waren allerdings um eine strenge Abgrenzung des Arabischen Sozialismus vom Kommunismus bemüht und lehnten den marxistischen Klassenkampf ab. Eine viel größere Bedeutung hatte für Baathisten jedoch die Erlangung arabisch-nationalistischer Interessen.

Machtübernahme durch die Ba'ath-Partei

In Syrien, dem Ursprungsland der Bewegung, erweiterte sich die gesellschaftliche Basis der Partei durch die Fusion mit der Arabischen Sozialistischen Partei 1952. Im Gegensatz zur alten Ba'ath-Partei, die ihre Wurzeln im städtischen Milieu hatte, war die Arabische Sozialistische Partei bei Klein- und Mittelbauern stark verankert. Dies führte zu einem beträchtlichen Einflussgewinn in ländlichen Gegenden und unter Minderheiten, insbesondere unter den Alawiten, die in Summe stark im ruralen Milieu verankert waren – und sind.

Die Präsenz ba'athistischer Offiziere innerhalb der Armee ermöglichte es der Partei, am 8. März 1963 durch einen Putsch die Macht zu übernehmen. General Amin al-Hafiz, ein gemäßigter Sunnit, führte die Ba'ath-Regierung ab 1963. Mit der Machtübernahme durch die Partei begannen auch ideologische Maßnahmen, wie die Umsetzung einer Agrarreform und Verstaatlichungen.

Wegen seiner direkten Grenze mit Israel und aufgrund seiner Rolle als Zentrum des Pan-Arabisismus galt die Kontrolle über Syrien als Schlüssel zur Kontrolle des regionalen Systems. Die syrische Außenpolitik verfolgte zunächst einen staatlichen Zusammenschluss mit Ägypten und dem Irak, der jedoch 1963 aufgrund von Differenzen zwischen den drei Staaten schnell scheiterte. Das darauf folgende schlechte Verhältnis zu Ägypten wurde ergänzt durch das feindliche Verhältnis zu konservativen Monarchien, deren Sturz die Ba'ath-Partei offen forderte. Zu



Bild: Lukas Wank (2010)

Omnipräsentes Porträt der Familie Asad (v.l.n.r. Basil, Hafez und Baschar Al-Asad)

einer engeren Zusammenarbeit kam es mit der Sowjetunion, die gegen die Gefahr einer westlichen Intervention schützen und die militärische und geopolitische Position gegenüber Israel verbessern sollte.

Neben Konflikten mit anderen politischen Gruppierungen tobte bis 1966 auch innerhalb der Ba'ath-Partei ein Machtkampf. Durch einen Putsch Anfang 1966 übernahm der Flügel der radikal-sozialistischen Regionalisten die Macht. Hafez Al-Asad wurde Verteidigungsminister und schlug kurz darauf einen Putschversuch nieder. Die Parteigründer Michel Aflaq und Salah ad-Din al-Bitar, sowie weitere ehemalige führende Parteimitglieder gingen aufgrund interner Differenzen ins Exil. Die neue syrische Regierung setzte auf eine Verschärfung der sozialen Umwälzungen und eine konfrontative Politik gegenüber Israel.

Der Aufstieg von Hafez Al-Asad hing unmittelbar mit dem verlorenen Sechstagekrieg gegen Israel im Jahr 1967 zusammen. Israel besetzte nach einem Überraschungsangriff die Sinai-Halbinsel, den Gaza-Streifen, das Westjordanland, Ostjerusalem und die syrischen Golanhöhen. Diese Niederlage war für Syrien ein schwerer Schlag, da die Golanhöhen von großer militärstrategischer und ökonomischer Bedeutung waren. Diese Niederlage ließ Asad Abstand von der radikalen Politik Präsident Jādids nehmen. Ab 1968 trat er mit der Unterstützung des Militärs als dessen Gegenspieler auf und setzte auf eine gemäßigte Politik und einen Ausgleich mit den arabischen Nachbarn. Dennoch wandelt sich

die syrische Baath-Ideologie zunehmend in eine großsyrische, quasi regionale Variante des arabischen Nationalismus und nahm Abstand vom umfassenderen Pan-Arabisismus.

Hafez al-Asad und die politische Praxis des Regimes

1971 wurde Hafez al-Asad zum ersten alawitischen Präsidenten Syriens ernannt. Diese Machtübernahme stellte einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte des modernen Syriens dar. Neben der Erlassung einer Verfassung sowie der Einrichtung eines Parlaments war die Gründung der „Nationalen Progressiven Front“ mit anderen Linksparteien ein bedeutender Schritt zur Sicherung der Machtverhältnisse. Zugleich wurden alle anderen Parteien verboten und das Parlament somit zur Posse.

Die politische Praxis unter Asad ist nur unter Berücksichtigung der Bedeutung neopatrimonialer Strukturen in Syrien zu verstehen. Gesellschaftliche Netzwerke und politische Strukturen sind in Syrien maßgeblich durch ein klientelistisches System bestimmt. Im ländlichen Raum stellen traditionell die erweiterten Familien und die Clans bzw. Stämme die fundamentalen Bezugspunkte des Individuums dar. Blutsverwandtschaft und durch Heirat entstandene Beziehungen übersteigen alle anderen sozialen Verbindungen in ihrer Bedeutung. In diesem System identifiziert sich das Individuum ganz mit dem Patriarchen und wird im Gegenzug dazu von diesem geschützt und gefördert. Am Beispiel Syriens manifestierte sich

dies darin, dass Hafez al-Asad zu Beginn seiner Regierungsperiode sämtliche staatstragende Positionen an Angehörige der alawitischen Gemeinschaft vergab und engste Verwandte mit den wichtigsten Positionen innerhalb des militärischen Apparats betraute. Es handelte sich bei dieser Vorgangsweise um ein traditionelles Patronagesystem zur Absicherung der politischen Macht.

Wirtschaftlich begann mit der Machtübernahme Hafez al-Asads in Syrien die Periode der „Infitah“, die eine wirtschaftliche Liberalisierung herbeiführen sollte. Der Begriff „Infitah“ gewann 1974 an Bedeutung, nachdem der ägyptische Präsident Anwar al-Sadat die Strategie einer staatlich gelenkten Wirtschaft beendete und die Öffnung der Wirtschaft Ägyptens für multinationale Konzerne einleitete. Ähnliche Reformen wurden von Asad in Syrien durchgeführt.

Aufgrund des Zusammenbruchs der Ölpreise auf dem Weltmarkt sowie einer schweren Dürre mit gravierenden Verlusten für die Landwirtschaft geriet Syrien in den 1980er Jahren in eine schwere Wirtschaftskrise, die zu einer teilweisen Rücknahme der Liberalisierungen führte und den staatlichen Sektor wieder stärker ins Zentrum des Interesses rückte. Erst unter seinem Sohn Baschar al-Asad sollte die Wirtschaft wieder konsequent geöffnet werden.

Die Außenpolitik unter Hafez al-Asad

Unter der Herrschaft Hafez al-Asads kam es zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit Ägypten und Saudi-Arabien. 1973 koordinierten sie gemeinsam einen militärischen Angriff auf Israel. Trotz der erneuten Niederlage der arabischen Streitkräfte wurde der Krieg als politischer Erfolg gewertet, da durch die Ölblockade der OPEC erreicht wurde, dass der Konflikt im Nahen Osten ins Zentrum der Weltpolitik rückte.

Im Juli 1975 brach im Libanon ein Bürgerkrieg zwischen einer christlich-maronitischen Miliz (Phalanges oder Kataib) und der sich seit kurzem im Libanon aufhaltenden palästinensischen PLO aus. Er dauerte bis 1990 an, wobei sich die Fronten des Konfliktes mehrfach verschoben und unter anderem palästinensische, christliche, sunnitische und schiitische Milizen sowie die reguläre libanesische Armee gegen- und untereinander kämpften. Zusätzlich gab es zahlreiche internationale Interventionen. Neben israelischen Offensiven und einer multinationalen Militärtruppe intervenierte auch Syrien massiv. Bereits 1976 versuchte Hafez al-Asad, den Konflikt durch die Entsendung von 20.000 Soldaten zugunsten maronitischer Gruppierungen und wider die PLO zu entscheiden. 1982 kam es auch zu direkten Kämpfen mit israelischen Truppen. Nach Ende des Bürgerkrieges wurde auf Druck Syriens ein „Kooperationsvertrag“ unterzeichnet, der den Libanon praktisch zum syrischen Protektorat machte. Erst 2005 wurde die Besetzung infolge des Hariri-Attentats aufgegeben und die syrischen Truppen zum Rückzug gezwungen.

Die Interventionen im Libanon und die Unterstützung christlicher Gruppen widersprachen den Vorstellungen der innenpolitischen islamistischen Opposition, was soziale Unruhen in Syrien verstärkte und zu einem Aufstand der oppositionellen Muslimbrüder führte. Das Regime reagierte ab 1977 mit militärischer Repression und schlug

den Widerstand brutal nieder. Nach dem Fall der Protesthochburg Hama 1982 kehrte wieder Ruhe ein und das Überleben des Regimes war gesichert. Die Politik Asads hatte sich in dieser Periode jedoch stark verändert – auf die von weiten Teilen der Gesellschaft unterstützten Reformen folgte eine Politik der harten Hand.

Im Zuge des ägyptisch-israelischen Friedensprozesses 1977/78 und der damit verbundenen Entlastung der südwestlichen Flanke Israels verschlechterte sich die militärische Lage Syriens. In Folge dessen versuchte Syrien diesen Nachteil durch eine stärkere Annäherung an die Sowjetunion und den Iran auszugleichen. Der Staat vertiefte seine Beziehungen zur Sowjetunion durch die Unterzeichnung eines Freundschafts- und Kooperationsvertrages (1980). In Folge dessen erhielt die syrische Armee sowjetische Waffensysteme, was einen Vorteil in einer möglichen militärischen Auseinandersetzung mit Israel verschaffen sollte. 1979 wurde durch die Islamische Revolution im Iran eine regional bedeutsame pro-westliche Macht ausgeschaltet. Schnell zeichnete sich ein enges Bündnis zum Iran ab. Das Verhältnis widersprach dem in der Ba'ath-Ideologie formulierten Ziel einer primär pan-arabischen Zusammenarbeit und hatte bald direkte regionale Folgen: Im Krieg zwischen dem Iran und dem Irak ab 1980 war Syrien das einzige arabische Land, das nicht den irakischen Machthaber Saddam Hussein, sondern den schiitischen Iran unterstützte. Darunter litt Syriens pan-arabische Legitimität, was zu einer Phase der Isolation in der Region führte und die ideologische Spaltung zwischen der syrischen und der irakischen Ba'ath-Partei forcierte. In den 1990er Jahren schließlich war die Außenpolitik Syriens einerseits vom Zusammenbruch der Sowjetunion und andererseits vom US-Einmarsch in den Irak geprägt. Syrien entschied sich, der Allianz gegen den Irak beizutreten und durch die engen Beziehungen Syriens zu Iran erhöhte Syrien noch seinen Wert für das anti-irakische Bündnis. Damit stellte sich Syrien auf die Seite der meisten arabischen Staaten, der Türkei und des Westens. Mit dieser Annäherung an den Westen begann für Syrien auch eine Phase der wirtschaftlichen Liberalisierung, die ab dem Amtsantritt Baschar al-Asads 2000 zunehmend vorangetrieben werden sollte.

HINTERGRUND

■ Die Golanhöhen

Die Golanhöhen, einem zwischen Syrien und Israel umstrittenen Hochplateau, war im Jom-Kippur-Krieg 1973 Schauplatz von Kämpfen zwischen israelischen und syrischen Einheiten. Aufbauend auf einem „Entflechtungsabkommen“ zwischen den beiden Staaten erließ der UN-Sicherheitsrat 1974 eine Resolution zur Entsendung einer Beobachtertruppe in eine neu eingerichtete, 235km² große, entmilitarisierte Pufferzone. Die Zone liegt zwischen den von Israel eroberten Teilen der Golanhöhen und der syrischen Grenze und soll die Streitkräfte der beiden Staaten voneinander trennen. Österreich stellte von Beginn an Einheiten für die internationale UNDOF-Truppe (UN Disengagement Observer Force), die in der Pufferzone stationiert ist. In den mittlerweile 38 Jahren haben dort 26.000 österreichische Soldaten gedient. Derzeit stellt Österreich mit 373 Soldaten das größte Kontingent in der knapp über 1.000 Personen umfassenden Truppe. Im Verlauf des Konfliktes in Syrien kam es seit 2012 auch zu Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Aufständischen innerhalb der Pufferzone sowie zum Beschuss einer israelischen Patrouille. Im November 2012 wurden österreichische UNDOF-Soldaten auf dem Weg zum Flughafen Damaskus verletzt, als ihr Konvoi unter Beschuss geriet.

Damaszener Frühling: von Hafez zu Baschar al-Asad

Nach dem Tod von Hafez al-Asad übernahm im Jahr 2000 sein Sohn Baschar die Macht. Der Präsidentenstatus garantierte ihm absolute Autorität über alle staatlichen Institutionen und er hielt an den hierarchischen Strukturen fest, die sein Vater geschaffen hatte. Auch die „Nationale Progressive Front“ blieb weiterhin bestehen. In dieses Parteienbündnis rund um die zentrale Ba'ath-Partei wurden weitere sozialistische Parteien integriert, um eine breitere politische Unterstützung abzusichern. Indes strebte Baschar al-Asad eine schrittweise Reform nach chinesischem Vorbild an, in der die ökonomische Modernisierung Vorrang vor politischen Veränderungen haben sollte.

Nach der Machtübernahme durch Baschar Al-Asad wurde in breiten Kreisen eine politische Öffnung des Landes sowie ein wirtschaftlicher Aufschwung erwartet. Zu Beginn seiner Herrschaft schienen sich einige dieser Hoffnungen zu bewahrheiten: Überall im Land entstanden politische Diskussionszirkel, die sich mit der Modernisierung der Gesellschaft befassten. Schon im Sommer 2000 hatten sich Politiker und Intellektuelle mit dem „Memorandum der 99“ öffentlich an den neuen Präsidenten gewandt und ein Ende des Ausnahmezustandes, Befreiung politischer Gefangener, Freiheitsrechte sowie politische Reformen gefordert. Dies stellte den Beginn des so genannten „Damaszener Frühlings“ dar.

Dieser gipfelte am 16. Oktober 2005 in der „Erklärung von Damaskus für den demokratischen Wandel in Syrien“. Sie diente dazu, eine Einheitsfront aller politischen Gruppierungen für politische Umwälzungen in Syrien herzustellen. Obwohl ähnliche Forderungen bereits von Exil-Gruppen veröffentlicht wurden, stellt die Erklärung von Damaskus als erste gemeinsame Erklärung der innersyrischen Opposition einen Sonderfall dar. Bemerkenswert war auch die Bandbreite der unterstützenden Gruppen, die von säkularen Kräften über kurdische Gruppierungen bis zu den syrischen Muslimbrüdern reichte.

Der Damaszener Frühling erwies sich jedoch als kurze Phase einer versuchten politischen Liberalisierung. Auf die eingebrachten zivilgesellschaftlichen Vorschläge, wie sie auch in der „Erklärung der 1000“ von 2001 zu finden sind, reagierte das Regime mit äußerster Härte. Der Damaszener Frühling blieb ohne langfristige positive Folgen, da Teilnehmer und Organisatoren der Diskussionsforen beschuldigt wurden, eine Änderung der Verfassung auf illegalem Weg zu beabsichtigen und schließlich im Gefängnis landeten. Menschenrechtsaktivisten kamen ins Visier der Polizei und der Geheimdienste, nachdem das „Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte“ 2001 zum ersten Mal einen Bericht zur Lage der Menschenrechte in Syrien veröffentlichte. Aufgrund der Repression verlagerte sich ein Teil der politischen Aktivitäten ins Ausland, vor allem

nach London und in den Libanon, um sich vor dem syrischen Sicherheitsapparat abzuschirmen.

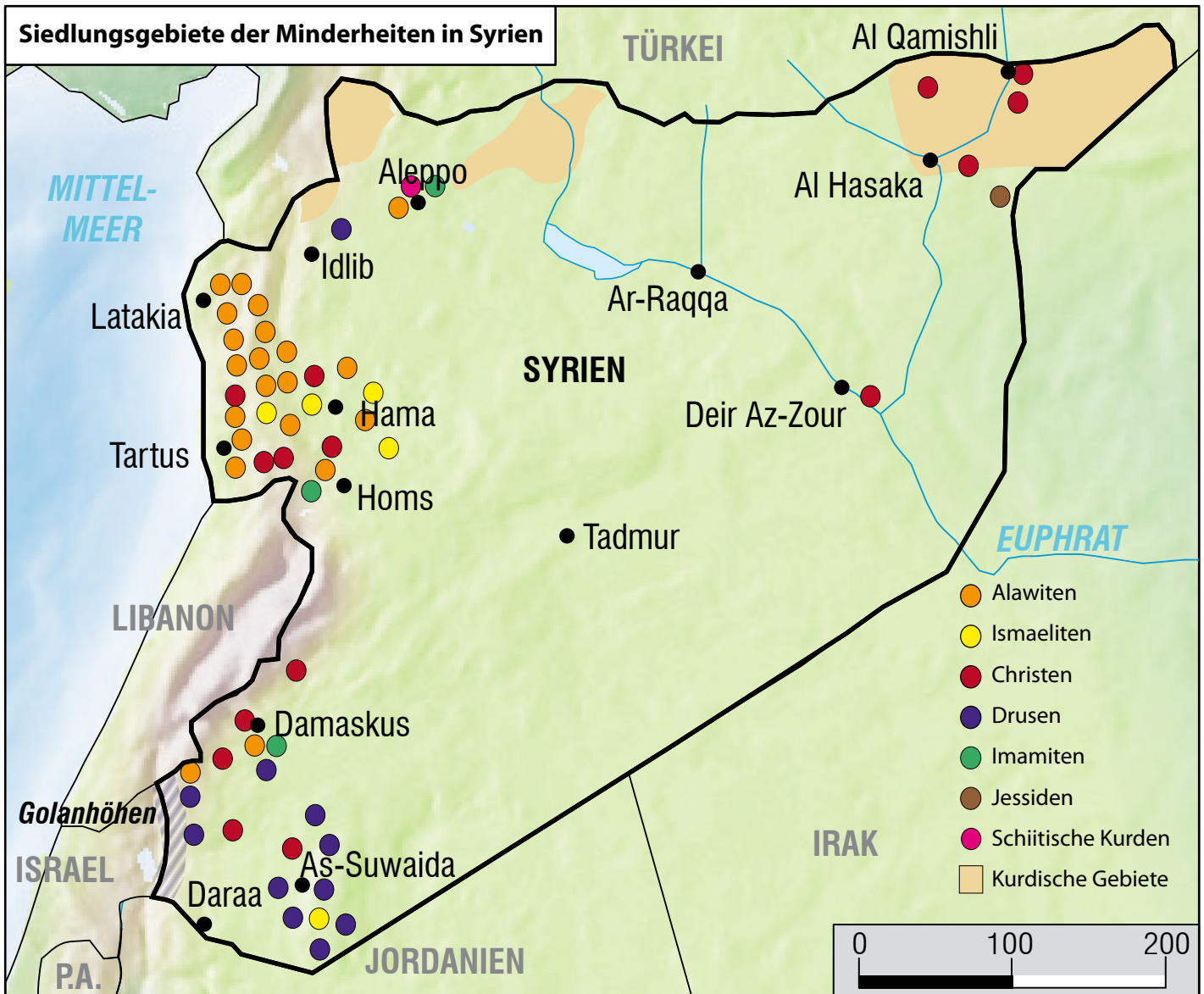
Obwohl eine Verhaftungswelle den Damaszener Frühling beendete, dauerten seine Effekte an. Syrische Intellektuelle gaben weitere Erklärungen ab und bis 2005 war es einem letzten Dialogforum erlaubt, sich öffentlich zu betätigen. Dieses wurde jedoch geschlossen, nachdem in diesem eine Forderung der verbotenen syrischen Muslimbruderschaft nach Reformen verlesen worden war. Mit dieser Maßnahme machte das Regime klar, dass eine Kollaboration mit der Muslimbruderschaft weiterhin grundsätzlich ausgeschlossen blieb, obwohl sie als stärkste Oppositionsbewegung in Syrien galt, die allerdings im Untergrund operierte.

HINTERGRUND

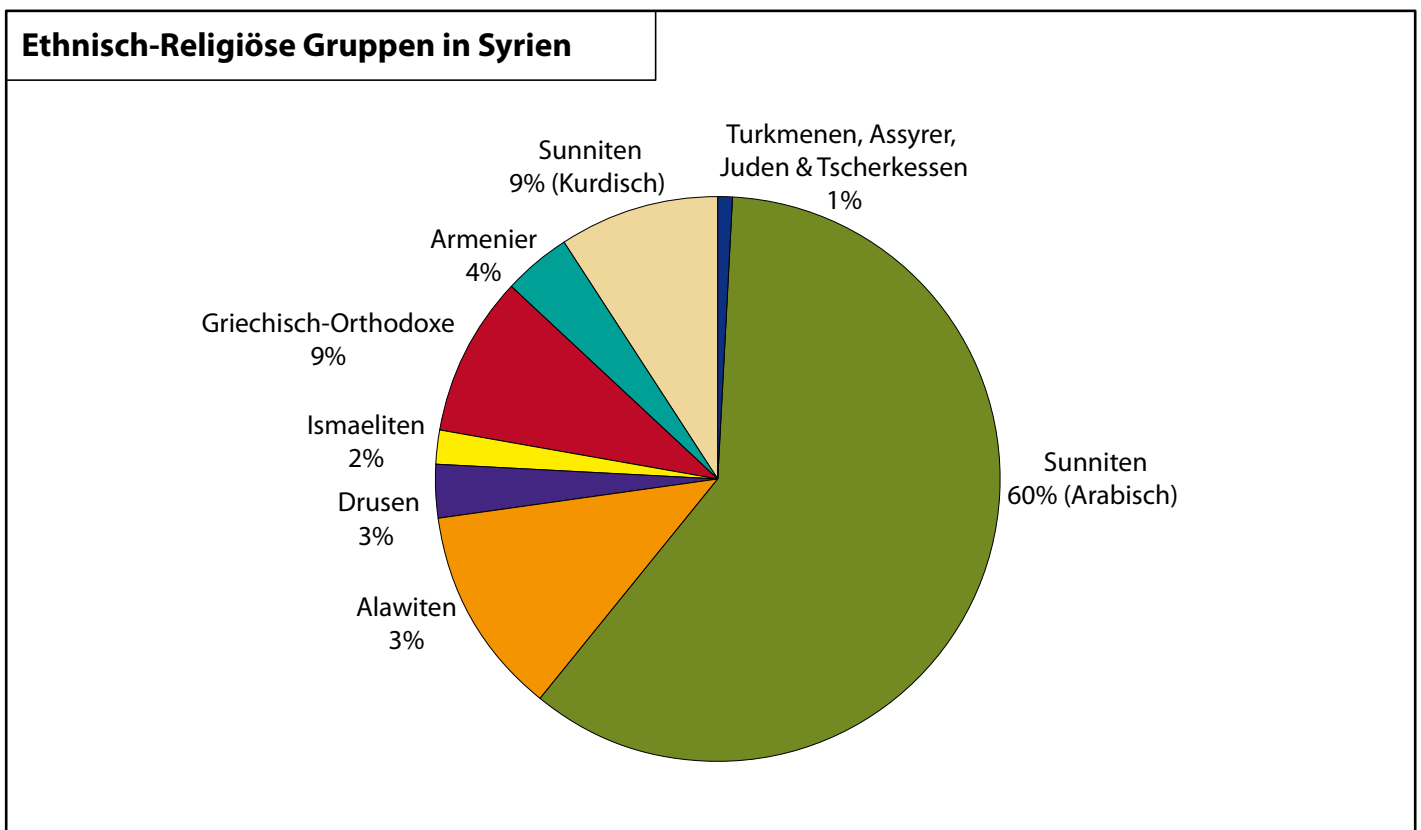
■ Erklärung von Damaskus für den demokratischen Wandel in Syrien (zentrale Forderungen):

- Aufbau eines modernen Staates mit einer demokratischen und modernen Verfassung
- gleiche Rechte und Pflichten für alle Bürger und Bürgerinnen unabhängig von Geschlecht, Religion, Stammes- oder Clanzugehörigkeit
- der Islam als wesentliche kulturbildende Komponente im Leben von Volk und Nation
- Bemühung um eine demokratische Lösung des kurdischen Problems in Syrien, die eine Gleichstellung der syrischen kurdischen Bürger beinhaltet
- Befreiung und Wiedereingliederung der Golanhöhen
- Abschaffung aller Ausnahmeregelungen
- Entlassung aller politischen Gefangenen
- Beendigung aller Formen der politischen Unterdrückung
- Befreiung aller Organisationen von der Vormundschaft des Staates
- Aufbau intensiver Kooperationen zu anderen arabischen Staaten

Unter den weitreichenden Folgen des Damaszener Frühlings war die Versteifung des Regimes auf eine Priorisierung wirtschaftlicher Reformen. So wurde von offizieller Seite immer wieder argumentiert, dass zuerst wirtschaftliche Schritte gesetzt werden müssten, bevor es zu politischen Veränderungen kommen könne. Der Wandel des politischen Programms zum Amtsantritt Baschar al-Asads von „Reform und Erneuerung“ wurde langsam in „Modernisierung und Entwicklung“ verwandelt. Als Folge davon blieb die zivilgesellschaftliche Liberalisierung weitgehend auf eine Einführung von Mobiltelefonen und Internet im öffentlichen Raum beschränkt, während kritische Künstler und Journalisten in den Libanon ausweichen mussten, um sich Verhaftung, Einkerkung und Folter entziehen zu können.



Grafik LVAK/IFK, Quelle: Le Monde Diplomatique.



Statistik abgeleitet von Nikolaos van Dam „The Struggle for Power in Syria: Politics and Society under Asad and the Ba'th Party“ (News York: I.B. Tauris & Co Ltd, 2011)

1. Deraa März 2011

Nachdem Mitte März 2011 fünf Demonstranten von Regimetruppen getötet wurden, begannen sich die Proteste zu radikalisieren. Daraufhin riegelten Panzereinheiten der Regimetruppen die Stadt für mehr als zwei Wochen ab und lösten damit weitere Proteste aus. Nach der brutalen Folter an einem 13-Jährigen weiteten sich die Proteste auf das ganze Land aus.

2. Jisr al-Shoghur Juni 2011

Zwischen 3. und 6. Juni wurden ca. 100 Angehörige der Regimetruppen von Rebellen getötet. Dies war das erste Aufflammen bewaffneten Widerstands gegen das gewalttätige Vorgehen der Regimetruppen gegenüber der friedlich demonstrierenden Bevölkerung.

3. Hama Juli 2011

Nach einem massiven Protest mit bis zu 200.000 Demonstranten entließ Präsident Asad den Stadtgouverneur von Hama. Bei weiteren Anti-Regime Protesten wurden in den darauf folgenden Monaten mehrere hundert Demonstranten von den Regimetruppen getötet. In der zweiten Hälfte von 2011 wurden im Umland von Hama überdies Massaker an Zivilisten begangen.

4. Damaskus Dezember 2011

Verglichen mit dem Rest des Landes begannen die Kampfhandlungen in Damaskus vergleichsweise spät, obwohl es schon davor immer wieder zu kleineren Protesten kam. Im Dezember erfolgten erste Bombenanschläge auf Einrichtungen des Regimes, gefolgt von einem großen Anschlag im Stadtteil al-Midan. Über das Frühjahr verteilt kam es vor allem im April und Mai zu weiteren Anschlägen im Stadtzentrum.

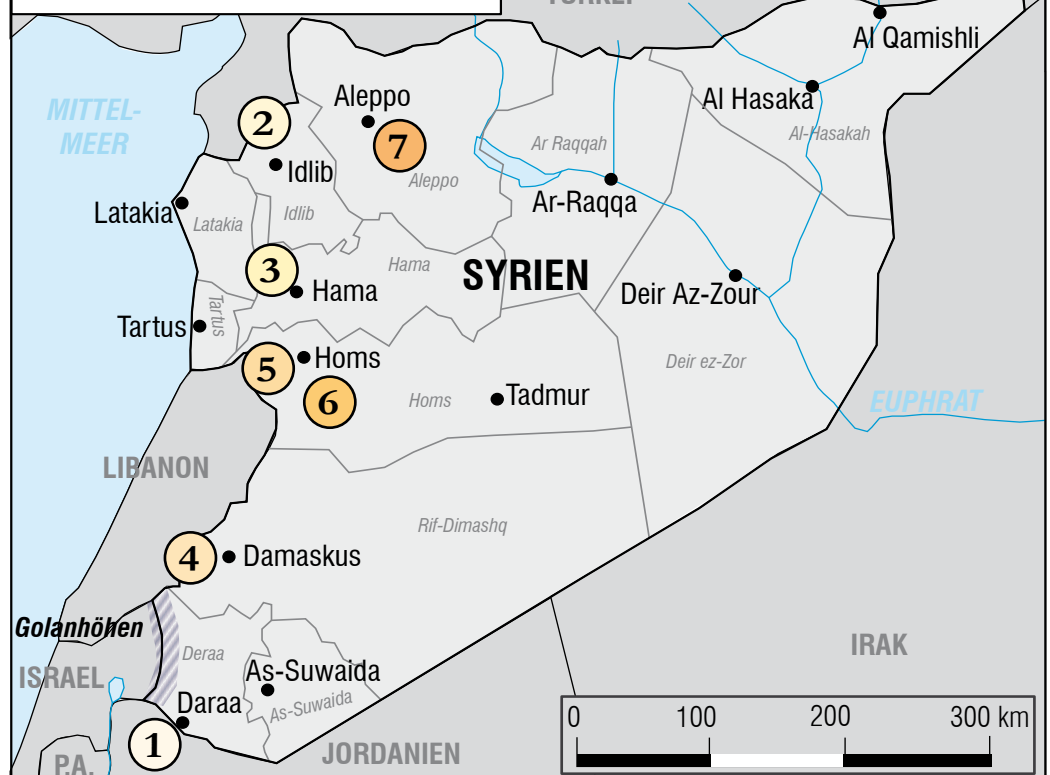
5. Homs Februar 2012

Nach zehn Monaten anhaltender Proteste gegen das Regime wurde Homs von Regimetruppen abgeriegelt und der Stadtteil Bab Amr über vier Wochen lang von Panzer- und Artillerieeinheiten unter Beschuss genommen. Die Belagerung löste eine humanitäre Krise aus, in der Zivilisten in ihren Häusern gefangen waren und das öffentliche Leben vollkommen zum Stillstand kam.

6. Houla Mai 2012

Bei einem Massaker im von Rebellen und Opposition kontrollierten Houla wurden Ende Mai 2012 über 100 Zivilisten von Regimetruppen getötet. Die massive Gewalt im Vorgehen der Regimetruppen wurde vom UN-Sicherheitsrat einstimmig (also auch von China und Russland) verurteilt.

Die Anfänge des syrischen Bürgerkriegs



7. Aleppo Februar 2012

Mitte Februar 2012 wurde auch das kommerzielle Zentrum Syriens in den Bürgerkrieg hineingezogen. Nachdem bei einem Doppelanschlag auf Einrichtungen des syrischen Regimes 25 Menschen starben, kam es über die nächsten Monate zu zahlreichen weiteren Bombenanschlägen.

Quelle: IISS Strategic Survey 2012: The Annual Review of World Affairs

Landesname	Arabische Republik Syrien (Arabisch: Al-Dschumhuriya al-Arabiya as-Suriya)
Fläche	185.180 km ²
Einwohner	22,530,746 (Schätzung Juli 2012)
Hauptstadt	Damaskus (ca. 1,7 Millionen Einwohner, mit Vororten ca. 4 Millionen Einwohner)
Staatsform	Präsidentialrepublik
Staatsoberhaupt	Baschar al-Asad (seit 17.07.2000, Wiederwahl möglich)
Regierungschef	Wael Nader al-Halqi
Außenminister	Walid al-Muallim
Amtssprache	Arabisch
Währung	Syrisches Pfund SYP (1 Euro = 79,27 SYP, August 2012)
BIP	107,6 Mrd. US \$ (Schätzung 2011)
BIP/ Kopf	5.100 US \$ (Schätzung 2011)
Inflationsrate	4.8% (Schätzung 2011), 4.4% (Schätzung 2010)
Arbeitslosigkeit	14.9% (Schätzung 2011), 8.6% (Schätzung 2010)
Wirtschaftswachstum	-2% (Schätzung 2011), 3.4% (Schätzung 2010), 5.9% (Schätzung 2009)
Bevölkerungswachstum	-0,797% (Schätzung 2012)
Öffentliche Verschuldung	35.2% des BIP (Schätzung 2011), 22.7% des BIP (Schätzung 2010)
Bevölkerungsanteil unter der Armutsgrenze	11,9% (Schätzung 2006)

Quelle: CIA Factbook

Wirtschaft: Marktöffnung, Korruption und Dürre

Im Bereich der Wirtschaft führte die „Revolution von oben“ der Ba'ath-Partei zu einer umfassenden Politik der Umverteilung, allgemeinem Bildungszugang und einem ausgeprägten Subventionssystem. Die von Hafez al-Asad in den 1990er Jahren initiierte Liberalisierung dieser Wirtschaftspolitik durch das ‚Gesetz Nummer 10‘ fußte primär im Niedergang der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Energiesektors und wurde unter seinem Sohn Baschar fortgeführt. Seit den 1990er Jahren wandelte sich Syrien zunehmend in ein partiell marktwirtschaftlich orientiertes System, was zur Eingliederung bestimmter Sektoren und Branchen in das internationale Wirtschaftssystem sowie zur Modernisierung des Landes mittels Reformen und internationalen Verträgen führte. Erste Erfolge dieser teilweisen Marktöffnung zeigten sich bald. So konnte die syrische Wirtschaft in den ersten zehn Jahren unter der Herrschaft Baschar al-Asads ein Wachstum von minimal 1,5% (2000) bis maximal 5,2% (2008) pro Jahr realisieren.

Der Ausbruch der Unruhen im Februar 2011 wird vom Westen weitgehend als politisch motiviert interpretiert und sicherlich spielte das Bedürfnis, sich endlich des diktatorischen Regimes und seiner totalitär anmutenden Ideologie entledigen zu wollen, eine wichtige Rolle für das Ausbrechen der Aufstände, doch auch die sozioökonomischen Ursachen sollten hier näher in Betracht gezogen werden.

Öffnung des syrischen Marktes

Das Ziel, sich in stärkerem Maße in die Weltwirtschaft zu integrieren, manifestierte sich am deutlichsten im Aufnahmegesuch Syriens an die Welthandelsorganisation (WTO) im Herbst 2001. Obwohl dieses Ansuchen aufgrund US-amerikanischer und israelischer Einwände abgelehnt wurde, verfolgten die syrischen Reformer eine Anpassung an den internationalen Markt, unter anderem durch eine Öffnung des Binnenmarkts für ausländisches Kapital. Knapp zehn Jahre danach wurde Syrien schlussendlich der Beobachterstatus bei der WTO eingeräumt.

In Ergänzung wurden zwei zentrale Projekte zur stärkeren regionalen wirtschaftlichen Integration verfolgt: das GAFTA (Greater Arab Free Trade Agreement) und die Euro-Mediterrane Partnerschaft. Mit dem Beitritt zur GAFTA verfolgte Syrien verschiedene Ziele: Neben der Hoffnung auf Exportsteigerung, Kapitalzuflüsse und Modernisierung der Wirtschaft sollten außerdem die angestrebten Handelsliberalisierungen mit der EU vorbereitet werden. Weitere Freihandelsabkommen mit der Türkei und China öffneten neue Handelswege, trafen aber die syrische Industrie sowie Klein- und Mittelbetriebe unvorbereitet und hart. Davon waren vor allem die Textilunternehmen in Damaskus und Aleppo betroffen, welchen seitens der syrischen Regierung auch keinerlei Kompensation zur Verfügung gestellt wurde. Dies wiederum führte zum Anwachsen der Arbeitslosigkeit, was vor allem im Kontext der globalen Finanzkrise und der einhergehenden Flaute verheerende Auswirkungen nach sich zog.

Die ökonomische Liberalisierung war aufgrund des vorherrschenden Klientelismus und der Korruption stets kontrolliert und selektiv. Daraus ergaben sich sektorale Monopolisierungstendenzen, wie beispielsweise in der Telekommunikation. Auch neue Wirtschaftsgesetze, die vorwiegend die Elite bedienten und ohne gesamtstaatliche Strategie wenig Sinn machten, entstanden.

Bruchstückhafte Liberalisierung

Das Regime versuchte die negativen Auswirkungen der neoliberalen Modernisierung weitgehend abzufangen. Mit der Einführung neuer Steuern, wie einer Luxussteuer und einer der Mehrwertsteuer ähnlichen Verbrauchsabgabe, wurde das Steuersystem überholt und reformiert. Die daraus resultierenden Steuereinnahmen besserten das Budget auf, indem sie die Gesamteinkommen des Staates um insgesamt 15% anhoben. Von diesem Reformschritt am härtesten betroffen war die Mittelklasse, deren Konsumenten aufgrund der damit verbundenen Preissteigerung von mehr als 10% stark unter Druck kamen.

Die hohe Inflationsrate in Verbindung mit steigenden Mieten und der Abschaffung von Subventionen für Düngersatzstoffe, Elektrizität, Diesel und Benzin, wirkte sich zusätzlich negativ auf die Armutssituation aus, vor allem in den nördlichen und

HINTERGRUND

■ Das Verhältnis Syriens zur Europäischen Union

Die Europäische Union (EU) unterstützte die Liberalisierungen seit den 1990er-Jahren. Unter anderem wurden 1998 Verhandlungen über ein euro-mediterranes Partnerschaftsabkommen mit Syrien aufgenommen. Obwohl das Euromed-Abkommen nahezu ausschließlich EU-Interessen bedient, wurde es von syrischer Seite ursprünglich begrüßt. In weiterer Folge sah auch Baschar al-Asad darin eine Möglichkeit, seine Beziehungen zum Westen zu verbessern. Überdies war er angesichts der Wirtschaftsmacht der EU und deren hohen Bedeutung als Handelspartnerin für Syrien ohnehin kaum in der Lage, deren Wünsche zu ignorieren. Schließlich erhoffte sich Asad von dem Abkommen Rückenwind für seine eigenen Liberalisierungsabsichten und damit Unterstützung gegen Kritiker im eigenen Land. Die Ratifizierung des Abkommens wurde jedoch von der EU bisher verweigert, da Syrien beschuldigt wurde, an der Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq al-Hariri (2005) beteiligt gewesen zu sein. Ende 2008 wurden die Verhandlungen zwar wieder aufgenommen, führten aber bis zur erneuten Aussetzung nach Ausbrechen der Unruhen zu keinem Ergebnis, da Syrien die geplante Marktöffnung kritisch sieht.

Im Mai 2011 verhängte die EU aufgrund der Gewalt gegen Demonstranten erste Sanktionen gegen Syrien. Seither wurden diese oftmals ausgeweitet und betreffen auch den syrischen Erdölsektor. Davon ist auch der österreichische Mineralölkonzern OMV betroffen, der um die 7% seines Rohölbedarfs aus syrischer Produktion deckt. Von Seiten der EU wurde verlautbart, dass die Zusammenarbeit mit einem demokratischen post-Asad Syrien wieder voll aufgenommen werden wird.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Bild: AP Photo Sana

Präsident Al-Asad bei der Besichtigung eines Infrastrukturprojektes im Jahr 2007

nordöstlichen Regionen. Die Folge war eine Landflucht, die durch verheerende Dürren 2003 und erneut seit 2007 verstärkt wurde. Im Zuge dessen wanderten mehr als 1,5 Millionen Syrer innerhalb weniger Jahre aus den von der Dürre betroffenen Gebieten Richtung Süden und Westen ab. Dadurch erhöhten sie den Druck auf die wirtschaftlich schwachen Gebiete. Dabei ist zu erwähnen, dass die syrische Regierung den betroffenen Bevölkerungsteilen nur unzureichende Unterstützung bot. Zu einer gesamthaften Verschlechterung der Situation, die viele Syrerinnen und Syrer traf, führte das Zusammenwirken der globalen Finanzkrise, internationaler Sanktionen, die große Anzahl irakischer Flüchtlinge und die verringerte Ölförderung.

Verschärfung der ökonomischen und gesellschaftlichen Krise

Während die Eliten eindeutig von den Reformen der letzten Jahre profitierten, ging die Schere der Einkommensverteilung erheblich auf. Dies lässt sich vor allem dadurch erklären, dass das liberalisierte Wirtschaftsmodell Syriens nicht zur Stärkung des Arbeitsmarktes und mehr Wettbewerbsfähigkeit führte, sondern klientelistische Netzwerke bediente. Die Eigenart dieser Modernisierungspolitik, gepaart mit Versatzstücken neoliberaler Reformen, wirkte sich darüber hinaus drastisch auf die Sozialpolitik des Landes aus.

Demnach wurden soziale Spannungen während dieser Zeit verschärft. Was auf den ersten Blick widersprüchlich erscheint, ist bei genauerer Betrachtung der Reformen seit 2000 nachvollziehbar. Die syrische Wirtschaft konnte zwar gute Wachstumswahlen verkünden, die Profite kamen aber bei breiten

Bevölkerungsschichten nie an. Asad versuchte zwar eine Öffnung der bislang staatlich kontrollierten Wirtschaft, jedoch behielt die Regierung ihre privilegierte ökonomische Position. Die tatsächlich erwirtschafteten Profite und Vorteile der neuen Regelungen kamen vor allem jenen zugute, die dem Regime nahe standen und nicht der breiten Masse der Bevölkerung. Die grassierende Korruption der politischen und wirtschaftlichen Eliten trug ebenfalls dazu bei, dass sich kein trickle-down-Effekt einstellen konnte. Im Jahr 2012 lag Syrien laut Transparency International unter 174 untersuchten Staaten an 144. Stelle.

Aufgrund der damit einhergehenden sozio-ökonomischen Entwicklung lebte vor Beginn der Unruhen etwa ein Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Insgesamt lebten in Syrien laut einer Studie des Weltentwicklungsprogramms (UNDP) zwischen 1995 und 2004 rund fünf Millionen Menschen (ca. 22% der Bevölkerung) generell in Armut, außerdem zwei Millionen (ca. 12% der Bevölkerung) unterhalb der unteren Armutsgrenze. Die Arbeitslosigkeit lag laut Schätzungen zwischen 20 und 30%, wobei der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen am erheblichsten war.

Die traditionelle Machtbasis des Asad-Regimes waren Arbeiter und Bauern, die durch den öffentlichen Dienst sowie die Armee eine Karriereleiter bekamen. Abgesehen von der Armee wurden all diese Gruppen von den wirtschaftlichen Reformen hart getroffen. Dies gilt besonders für die Landbevölkerung, die vor allem zu Beginn ein wesentlicher Träger der Aufstände war. Auch die Mittelklasse ist von den wirtschaftlichen Reformen gezeichnet, in ihrer Kaufkraft erheblich eingeschränkt und unter zunehmenden ökonomischen Druck, was zur allgemein wachsenden Unzufriedenheit beitrug.

Von der Rebellion zum Bürgerkrieg

Ende Januar 2011 ahmte ein junger Syrer im Norden des Landes die Verzweiflungstat des tunesischen Obstverkäufers Mohamed Bouazizi nach und verbrannte sich selbst, allerdings blieben vergleichbare Proteste wie in Tunesien unmittelbar aus. Zum Ausbruch der Proteste in Syrien kam es erst Anfang März 2011 in der von hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Kleinstadt Deraa im Süden des Landes. Auslöser war die Verhaftung und Folterung von 15 Schülern durch syrische Sicherheitskräfte, weil sie den Slogan „Aš-ša’ab yurid isqāt an-nizām“ (Das Volk will den Sturz des Regimes) an die Wände ihrer Schule geschrieben hatten.

Die Entscheidung der Regierung, repressiv gegen die daraus entstandenen Demonstrationen vorzugehen, beschleunigte die territoriale Ausweitung des Konflikts. In Folge dessen kam es zu groß angelegten Verhaftungswellen und die Zahl der Todesopfer durch Repression stieg, was zunächst friedliche Demonstrationen in den großen urbanen Ballungszentren wie Damaskus und Aleppo auslöste. In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 begannen Teile der Regimegegner sich vermehrt zu bewaffnen und gegen die Streitkräfte des Regimes zu kämpfen, wodurch sich der Konflikt zu einem Bürgerkrieg entwickelte.

Ein Ende der Gewalt ist derzeit nicht absehbar, da weder Regime noch Opposition bereit dazu sind, sich ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zu setzen und über einen Übergang zu verhandeln. Das Regime sieht Syrien den Attacken islamistischer Terroristen und ausländischer Einmischung ausgesetzt, gegen die man nicht zurückweichen darf. Sprecher der Opposition wiederum lehnen es ab, mit dem Regime ohne vorangehenden Rücktritt von Baschar al-Asad zu verhandeln und haben eine Ausweitung des bewaffneten Kampfes angekündigt.

Die Opposition

Die syrische Opposition bildet keinen homogenen Block, sondern setzt sich aus verschiedenen Gruppierungen und Parteien zusammen. Das gemeinsame Ziel ist der Sturz des syrischen Regimes, allerdings scheiden sich die Meinungen darüber, wie dies zu erreichen ist und wie ein Post-Asad Syrien aussehen sollte, was zu vorhersehbaren Spannungen bei der Bildung einer möglichen Übergangsregierung führen könnte. Die Vielzahl an oppositionellen Gruppierungen sowie ihre unterschiedlichen Ziele und Methoden erschwert zudem die Konsensfindung der beteiligten Konfliktparteien. Unterteilen lassen sich die einzelnen Gruppen dieser ebenso breiten wie heterogenen syrischen Oppositionsbewegung am besten nach zwei Kriterien:

Ob sie im oder außerhalb des Landes tätig sind und ob versucht wird, einen Wandel durch militärische oder diplomatische Mittel zu erreichen.

Eine der bekanntesten Gruppierungen ist der Syrische Nationalrat (SNC), dessen Relevanz mittlerweile allerdings stark gemindert wurde. Er wurde im Herbst 2011 in Istanbul gegründet, hat seine Basis auch weiterhin in der Türkei und besteht vor allem aus Exilanten, insbesondere in Frankreich. Erklärtes Ziel ist es, die syrische Opposition zu einen. Neben den dominierenden Muslimbrüdern haben sich auch der exilierte Flügel der ‚Erklärung von Damaskus‘ sowie Teile der in Syrien aktiven lokalen Koordinationskomitees angeschlossen. Insgesamt reicht das Spektrum von marxistischen Intellektuellen bis zu konservativen Islamisten.

Im November 2012 wurde als Nachfolger des Syrischen Nationalrats und als neue Dachorganisation der syrischen Opposition die ‚Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte‘ gegründet. Unter der Führung ihres Präsidenten Moas al-Khatib, ehemaliger Imam der Damaszener Omajjaden-Moschee, soll durch die nationale Koalition eine Exilregierung gebildet werden, um ein Machtvakuum nach dem Ende Asads zu verhindern. Zu diesem Zweck versucht sie, alle relevanten Gruppen zu inkludieren. Unter anderem sind der vormalige Nationalrat und die lokalen Koordinationskomitees stark vertreten. Auch wenn

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Demonstration Aufständischer in Aleppo (November 2012)

nicht alle oppositionellen Kräfte dieses neue Bündnis unterstützen, so haben sie doch bereits einige Staaten als alleinigen offiziellen Repräsentanten des syrischen Staates anerkannt und der Regierung von Baschar al-Asad somit die Rechtmäßigkeit entzogen.

Die politisch stärkste Einzelgruppe überhaupt ist die syrische

Muslimbruderschaft. Nach der brutalen Niederschlagung eines Aufstandes gegen Hafez al-Asad mit tausenden Toten war die Organisation seit den 1980er Jahren nur mehr im Untergrund und im Exil tätig. Seit dem Aufstand 2011 sind die Muslimbrüder jedoch wieder aktiv in Erscheinung getreten. Sie hatten eine dominante Rolle im ‚Syrischen Nationalrat‘ und sind auch in der ‚Nationalen Koalition‘ stark vertreten. Sie sind jedoch auch in Syrien selbst tätig. Neben humanitären Tätigkeiten soll die gut finanzierte Muslimbruderschaft Geld, Waffen und andere Güter unter bestimmten Aufständischen verteilen. Erwartet wird eine starke Rolle der Muslimbrüder bei demokratischen Wahlen nach einem möglichen Ende des Regimes.

Interessen und Handlungsoptionen externer Akteure

Bereits kurz nach Ausbruch des bewaffneten Konfliktes in Syrien forderte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) von beiden Seiten ein Ende der Gewalt. Ansonsten bleibt er jedoch aufgrund der Vetomacht Russlands und Chinas blockiert, sodass weder schärfer formulierte Resolutionen, noch ein UN-legitimiertes militärisches Eingreifen in den Konflikt möglich sind. Infolgedessen wurde vorerst eine UN-Beobachtermission nach Syrien entsendet, deren Mandat jedoch im August 2012 auslief. Initiativen der von UN und Arabischer Liga entsandten Sonderbeauftragten Kofi Annan und Lakhdar Brahimi, Verhandlungen oder zumindest Waffenstillstände zu erreichen, scheiterten bislang ebenfalls.

Auch wenn sich die Großmächte nicht auf eine gemeinsame Linie einigen können, greifen einige Staaten doch direkt oder indirekt in den Konflikt ein. Iran und die libanesische Hisbollah-Miliz gelten als engste Verbündete des syrischen Regimes. Wie weit deren Unterstützung reicht, ist umstritten, es wurde jedoch auch bereits berichtet, sie würden aktiv an den Kämpfen in Syrien teilnehmen. Ein weiterer wichtiger Verbündeter für Damaskus ist Russland. Die Beziehung der beiden Staaten ist seit Jahrzehnten eng und umfasst bis heute politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung. Politisch hilft Moskau, wie bereits erwähnt, indem es harte Resolutionen des UN-Sicherheitsrates

blockiert. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit besteht ebenfalls seit langer Zeit und war besonders für das bereits vor Beginn des Konfliktes durch Sanktionen isolierte Syrien wichtig. Die militärische Komponente umfasst einerseits einen Marinestützpunkt im syrischen Tartus, die einzige russische Versorgungsbasis im Mittelmeer, und andererseits umfassende Waffenlieferungen nach Damaskus. Diese sollen bis zum Ausbruch des Konfliktes beinahe 80% der syrischen Waffenimporte ausgemacht haben.

Andere Staaten unterstützen hingegen die syrische Opposition mit dem Fernziel, das strategische Bündnis zwischen Syrien und Iran zu kappen. Qatar und Saudi-Arabien etwa arbeiten offen auf ein Ende der Regierung Asads hin und stehen im Verdacht, islamistische Oppositionsgruppen zu diesem Zweck mit Waffen zu beliefern. Die USA erwägen seit dem G8-Gipfel in Camp David im Mai 2012 eine Lösung der Krise durch eine „jemenitische Lösung“. Darunter wird eine Stabilisierung des bestehenden politischen Systems in Syrien verstanden, unter der Voraussetzung, dass Baschar al-Asad ins Exil geht und sein Präsidentenamt niederlegt. Eine solche Lösung wird für umsetzbar gehalten, wenn Russland dafür gewonnen werden kann, allerdings erscheint dies derzeit als unwahrscheinlich. Zugleich unterstützen die USA, wie einige europäische Staaten, die syrischen Rebellen, sei es durch Geheimdienstinformationen oder finanzielle Mittel.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Flüchtlinge im durch Kämpfe zwischen FSA und Syrischer Armee zerstörten Aleppo (Dezember 2012)

Die stärkste militärische Kraft der Opposition ist die Freie Syrische Armee (FSA), die als Sammelbecken für desertierte Mitglieder der regulären syrischen Armee dient. Die FSA hat sich dem militärischen Sturz Asads und dem Schutz der Zivilbevölkerung vor Übergriffen der Regierungskräfte verschrieben. Obwohl es eine offizielle Führung gibt, ist fraglich, ob man tatsächlich von einer hierarchisch organisierten Armee sprechen kann, oder ob die FSA nicht eher als Überbegriff für bewaffnete lokale Gruppen zu verstehen ist. Was ihre Zusammensetzung betrifft, besteht sie im Gegensatz zur ethnisch heterogeneren Nationalen Koalition beinahe ausschließlich aus Sunniten. Die Dachorganisation wird jedoch als legitime Vertretung anerkannt.

Dies ist im Falle der dschihadistischen Gruppen nicht der Fall. Mehrere davon sind in Syrien aktiv und auch wenn sie zahlenmäßig nicht mit der FSA zu vergleichen sind, sind sie doch erfolgreich, was internationale Aufmerksamkeit und militärische Effektivität angeht. Ziel der Radikal-Islamisten ist das Ende der säkular geprägten und alawitisch dominierten Regierung und die Gründung eines Gottesstaates auf syrischem Territorium. Am prominentesten unter diesen Gruppen ist die angeblich der Al-Qaida nahestehende Al-Nusra-Front, der viele ausländische Dschihadisten angehören und die sich durch Selbstmord- und Bombenattentate gegen staatliche Ziele auszeichnet.

Die regionale Ausbreitung ist eine der größten Gefahren des Bürgerkrieges. Besonders die Nachbarstaaten Irak und Libanon befürchten ein Übergreifen der Gewalt auf ihr Territorium. Beide haben ethnisch und religiös ähnlich heterogene Gesellschaften wie Syrien und langjährige Bürgerkriege durchlebt. In diesem Sinne versucht Baschar al-Asad sich und das Ba'ath-Regime nun auch vermehrt als Garant regionaler Stabilität zu inszenieren.

Im September 2012 wurden von syrischen Sicherheitskräften einige Granaten auf die von Israel eroberten Golanhöhen abgefeuert. Israel erwiderte das Feuer, eine Eskalation der Situation wurde aber bisher vermieden. Die Situation in der Türkei ist ähnlich. Nachdem bei Granateneinschlägen türkische Zivilisten getötet wurden, kam es zu Vergeltungsangriffen auf syrische Ziele. Ankara wirft Asad zudem die Unterstützung der kurdischen PKK-Bewegung vor, die als terroristische Organisation eingestuft wird. Andererseits soll die Türkei syrische Rebellen für den Kampf gegen Asad ausbilden und bewaffnen.

Zur Sicherstellung eines möglichst gewaltfreien Übergangs nach einem Zusammenbruch des Asad-Regimes müsste eine einheitliche Führung rasch die Kontrolle über den Sicherheitsapparat und die Aufständischen gewinnen. Um dies vorzubereiten sollte sich die internationale Unterstützung der syrischen Opposition darauf konzentrieren, eine koordinierte Sicherheitsstrategie auszuarbeiten, die auch Fragen der Übergangsgerechtigkeit klärt. Es bleibt zu befürchten, dass Waffenlieferungen an die Rebellen das militärische Kräfteverhältnis substantiell nicht entscheidend verändern können, jedoch zur Konfliktverschärfung und steigenden Opferzahlen in der Zivilbevölkerung führen.

HINTERGRUND

■ Flüchtlingsbewegungen

Bald nach Beginn des Konfliktes flohen viele Syrerinnen und Syrer in die Nachbarländer auf der Suche nach Sicherheit. Während die Flüchtlingsströme zu Beginn noch überschaubar waren, kam es mit der Eskalation im Jahr 2012 zu einem massiven Anstieg. Innerhalb Syriens sollen mittlerweile bis zu 4 Millionen Menschen als interne Vertriebene auf der Flucht sein. Die humanitäre Lage in Syrien verschlechtert sich durch die Intensivierung der Kämpfe zunehmend. Die UN hat daher in jüngster Zeit einen weltweiten Spendenaufruf gestartet.

Zusätzlich zu den Binnenflüchtlings sind mittlerweile 625.000 Personen (Stand 6. Feber 2013) ins Ausland geflohen, meist in die angrenzenden Länder. Diese Zahl umfasst alle vom Flüchtlings-Hochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) registrierten Flüchtlinge außerhalb Syriens. Hinzu kommen aber noch mehr als 130.000 auf Registrierung wartende Personen. Die Dunkelziffer ist unklar. Aufnahme und Versorgung dieser hohen Anzahl an Flüchtlingen stellt für die Nachbarstaaten eine große Herausforderung dar. Insbesondere der Libanon und Jordanien sind hierbei überproportional belastet. Aufgrund der Parallelen zwischen Syrien und Libanon könnte eine konfessionelle Eskalation im syrischen Bürgerkrieg auch über die Flüchtlinge in die Zedernrepublik getragen werden.

Die aktuelle Verteilung der Flüchtlinge ist wie folgt:

- Türkei: 170.643
- Libanon: 250.049 (inkl. nicht Registrierte)
- Jordanien: 238.149 (inkl. nicht Registrierte)
- Irak: 83.314
- Ägypten: 15.057

Perspektiven und Herausforderungen

Die Frage, wie die inzwischen umfassenden Kampfhandlungen beendet werden können und welche Herausforderungen auf Syrien diesbezüglich zukommen, ist nicht einfach zu beantworten. Grundsätzlich kann man von verschiedensten

Szenarien der Konfliktbeilegung ausgehen, wobei jedoch eine Verhandlungslösung durch externe Vermittlung, eine militärisch-humanitäre Intervention des Westens und diverse inner-syrische Lösungen immer wieder angedacht werden.

Das gesamte Spektrum an ideologischen, militärischen und geopolitischen Herausforderungen wird in jedem dieser und anderer Szenarien eine Bedeutung spielen.

Eine Konfliktbeilegung, in welcher Form auch immer, wird mit Sicherheit viele Probleme ungelöst und mehrere Fragen unbeantwortet lassen. Von besonderer Bedeutung wird im Zuge eines Wiederaufbaus beispielsweise der Umgang mit ethnischen und konfessionellen Minderheiten sein. Die politische Positionierung der syrischen Kurden gegenüber dem Regime kann beispielsweise traditionell als ambivalent betrachtet werden. In Zukunft könnte die inner-kurdische Fragmentierung und ihre Haltung gegenüber dem Regime, aber auch den Rebellen gegenüber, zunehmend in den Vordergrund rücken. Auch die humanitären Folgen des gegenwärtigen Konflikts werden langfristig bearbeitet werden müssen, unabhängig welche Regierung oder Gruppierung nach einem Ende der Kampfhandlungen in Syrien an die Macht kommen wird.



Treffen zwischen UN Sondergesandtem Lakhdar Brahimi und Präsident Al-Asad (September 2012)

Bild: REUTERS/SANA

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Staatsbesuch des syrischen Präsidenten in Iran (August 2008)

Konfliktlösungsszenarien

An erster Stelle der potentiellen Konfliktlösungsszenarien steht eine Verhandlungslösung, unabhängig davon, ob sie durch externe Mediation oder interne Konsensfindung zu Stande kommen könnte. Obwohl der bisherige Konfliktverlauf gezeigt hat, dass beide Varianten als relativ unrealistisch eingestuft werden können, sind sie nach wie vor nicht gänzlich vom Tisch. Einerseits konnten der UN-Sondergesandte für Syrien, Lakhdar Brahimi, wie auch sein Vorgänger Kofi Annan, nach mehreren Verhandlungsrunden mit Baschar al-Asad bisher noch keinen Durchbruch erzielen. Die Gründe dafür liegen vielfach in der Uneinigkeit der UN und ihrer Mitglieder und den sich daraus ergebenden eingeschränkten Vollmachten für die UN als Konfliktlöserin. Andererseits wurde in der inner-syrischen Diskussion eine Verhandlungslösung von den beteiligten Akteuren, den oppositionellen Gruppierungen und der syrischen Regierung, oftmals kategorisch ausgeschlossen. Von beiden Seiten wird zu den eingebrachten Vorschlägen und Angeboten immer wieder angemerkt, dass die Bedingungen dafür unrealistisch seien.

Die zweite Möglichkeit einer Konfliktlösung, eine internationale militärische Intervention, zum Schutz der notleidenden Zivilbevölkerung (nach R2P-Modell), wurde zwar von verschiedenen Seiten aufgeworfen, scheint bis dato jedoch unrealistisch. Aufgrund der unübersichtlichen Akteurskonstellation und der räumlichen Überschneidungen der Konfliktparteien erscheint ein Einschreiten allein aus militärischen Gründen als kontraproduktiv. Auch die Einrichtung von Flugsverbotszonen erweist sich vor diesem Hintergrund als höchst problematisch. Darüber hinaus zeichnet sich im UN Sicherheitsrat kein Konsens in der Syrienfrage ab. Das Eingreifen einer ‚Koalition der Willigen‘ wäre ohne Mandat jedoch wenig wahrscheinlich. Dass ein Überschreiten der mehrfach zitierten roten Linie (Einsatz von Massenvernichtungswaffen) oder Grenzverletzungen durch die

syrische Armee zu vereinzelt Militäraktionen etwa Israels oder der Türkei führen würden, ist nicht auszuschließen. Zu unterstreichen ist, dass alle zuvor genannten Optionen keine humanitäre Intervention im engeren Sinne darstellen.

Als abstrakteres, aber dennoch vorstellbares Konfliktlösungsszenario, wird die Errichtung eines autonomen alawitischen Staates, gemeinsam mit der christlichen Minderheit für möglich gehalten. Fest steht, dass eine solche Lösung nicht nur äußerst schwierig umsetzbar wäre, sondern des Weiteren negative ökonomische Konsequenzen für die wirtschaftlichen Zentren Damaskus und Aleppo mit sich ziehen würde, weil ihnen so der direkte Meereszugang verwehrt werden würde. Ohnedies müssten für die Umsetzung eines solchen „alawitischen Rückzugsgefechtes“ die politischen Vorzeichen, sprich internationale Unterstützung, günstig stehen.

Ideologische Aspekte

Von zentraler Bedeutung für die Folgezeit des bewaffneten Konflikts wird die Frage sein, wie ein neuer Gesellschaftsvertrag aussehen würde. Die Standhaftigkeit des durch die Ba'ath-Partei propagierten arabischen Nationalismus wird an die Überlebenschancen des Ba'ath-Systems an sich gebunden sein. Sollte dieses System in einem Nach-Bürgerkriegs-Syrien nicht in irgendeiner Form weiterbestehen, würde sich beispielsweise ein konfessionelles Proporzsystem wie im Libanon auch für Syrien anbieten. In diesem Hinblick sollte man aber auch das „Worst Case“ Szenario als Negativbeispiel mitdenken, nämlich eine Radikalisierung des Konfessionalismus. Militärisch gesehen würde dies eine militärische Dynamisierung der konfessionellen Gruppierungen mit sich ziehen. So würde der Konflikt auf eine neue Ebene gehoben werden, indem die Rebellen nicht mehr hauptsächlich gegen Regimetryruppen kämpfen würden, sondern vor allem untereinander.

Militärische Zugänge

Sollten die Kampfhandlungen in Syrien beigelegt werden, wird die Entwaffnung der Milizen und Rebellengruppierungen eine große Herausforderung darstellen. Inwieweit solche bewaffneten Gruppen und die Freie Syrische Armee gegebenenfalls in eine neue nationale syrische Armee integriert werden könnten, wird von der Frage abhängig sein, ob die Strukturen der betroffenen Akteure in Gleichklang zu bringen sein werden, ob dies aus eigener Kraft geschehen kann oder dazu eine Intervention externer Akteure notwendig sein wird. Dahingehend kann Syrien von Erfahrungen aus den Nachbarländern Libanon und Irak lernen, die sich in ihrer jüngeren Vergangenheit ähnlichen Herausforderungen stellen mussten. Eine damit verbundene umfassende Sicherheitssektorreform (SSR) könnte unter Umständen in zweierlei Hinsicht für ein Post-Kriegs-Szenario von Bedeutung sein: erstens als passives Element, das einen generellen Wiederaufbauprozess begleitet und so integrativ für die Gesellschaft wirken kann oder

aber zweitens, als aktives Element zur Beilegung des Konflikts bei einer möglichen militärischen Patt-Situation, um ein Abrutschen in einen inter-konfessionellen Konflikt zu verhindern. An dieser Stelle würde die Frage, wie stark gewisse Gruppierungen der Aufstandsbewegung (z.B. Islamisten) tatsächlich in der Bevölkerung verankert sind, erheblich an Bedeutung gewinnen.

Geopolitische Dimension

Generell wird die Zukunft Syriens auch von externen Akteuren mitbestimmt werden, die in Syrien eine Möglichkeit sehen, ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

HINTERGRUND

■ Konfliktakteure und Kräfteverhältnisse

Der militärisch eskalierte Konflikt in Syrien wird mittlerweile von der Syrischen Nationalen Armee gegen eine Vielfalt bewaffneter Widerstandsgruppen unterschiedlichen Organisationsgrades und divergierender ideologischer Orientierung ausgefochten. Die geostrategische und geopolitische Gemengelage in der Levante führt außerdem dazu, dass sich ein Stellvertreterkonflikt externer Mächte entlädt. Die militärische Streitmacht, die ähnlich dem Ba'ath-Regime stark konfessionalisiert und ideologisiert ist, stellt sich im syrischen Bürgerkrieg bedingungslos hinter das Regime und präsentiert sich als Garant des internen Machterhalts sowie regionaler Stabilität. Dieses Vorgehen unterscheidet die syrische Armee auch prinzipiell von der tunesischen oder der ägyptischen im Laufe der dortigen Umbrüche. Zur Einordnung des Kräfteverhältnisses in dieser Auseinandersetzung seien im Folgenden die wichtigsten Akteure im Überblick angeführt.

REGIMETREUE TRUPPEN

- Syrische Nationale Armee (295.000 Aktive, 314.000 Reservisten), vorwiegend russische Waffensysteme für Territorialkonflikt mit Israel: schwere Artillerie, umfangreiche Luftstreitkräfte (rund 350 Kampfflugzeuge und 190 Hubschrauber), 2500 Kampfpanzer, 300 Scud-Raketen und umfassende Luftabwehr.
- Paramilitärische Einheiten: ca. 100.000 „Volksarmee“ der Baath-Partei und Shabiha-Miliz
- Iran (durch die bestehende enge militärische Kooperation mit Syrien) sowie Hezbollah spielen auch eine aktive Rolle im Konflikt. Die libanesische Hezbollah wird sich bis auf weiteres jedoch insgesamt in Zurückhaltung üben, um ihre eigene Position im Libanon nicht zu gefährden.

MILITÄRISCHE OPPOSITION

- Freie Syrische Armee (FSA): neun Regionalkommanden mit Hauptquartier in der Provinz Idlib; um die 60.000 Kämpfer, wesentlicher Anteil an Deserteuren. Ausrüstung besteht aus leichten Artillerie- und Infanterie-Waffen sowie erbeuteten Panzern.
- Islamistisch-Dschihadistischer Nexus: einerseits das extremistische Netzwerk Jabhat al-Nusra (Unterstützungsfrente), sowie andererseits die Islamische Front Syriens. Die Jabhat scheint inspiriert vom transnationalen Netzwerk der al-Qaida und verfügt über mehr als 4.000 Dschihadisten. Die Islamische Front Syriens hingegen konnte sich als loses Netzwerk syrischer Dschihadisten etablieren. Die Rekrutierung, vor allem islamistischer Kämpfer, geschieht in hohem Maße auch über das Ausland. Über den Büros libyscher Milizen in Tripolis weht beispielsweise die Flagge der syrischen Opposition.

Parallel dazu richten sich aber die Interessen der externen Akteure neu aus, was beispielsweise dadurch sichtbar wird, dass sie sich zunehmend nicht mehr aktiv am Konflikt beteiligen, sondern über „Stellvertreter“ agieren.

Die maßgeblichen geopolitischen Interessenkomplexe sind der USA-EU-Golfstaaten-Komplex als Unterstützer der Opposition auf der einen Seite, und der-Russland-China-Iran-Hisbollah-Komplex als Unterstützer des Regimes auf der Anderen. Während die USA einerseits Stabilität für Israel und den Irak erzielen wollen, verbünden sie sich mit den Golfstaaten, um Syrien andererseits aus der iranischen Einflussphäre herauszuschälen und vitale gemeinsame Wirtschaftsinteressen zu sichern. Um diese Interessen durchzusetzen wirken weder die USA noch die Golfstaaten abgeneigt, Stabilität in Syrien gegebenenfalls durch eine Islamisierung sicherzustellen. Für Russland ist vor allem die strategische Präsenz in der Region und regionale Stabilität wichtig, wobei der Zugang der Achse Iran-Hisbollah wiederum anders gelagert ist. Für Iran und Hisbollah ist und bleibt die anti-israelische Linie ein bestimmendes Element ihres Engagements in Syrien. Demnach wäre es in Zukunft nicht ausgeschlossen, dass sich die schiitische Hisbollah mit einer allfälligen sunnitisch dominierten Regierung in Damaskus arrangieren könnte – und umgekehrt.

Letztlich bleibt die Frage nach der zukünftigen Orientierung der Konfliktparteien an den Großmächten offen, die nach wie vor im Spannungsfeld zwischen pro-russischen und pro-amerikanischen Ansätzen verhaftet bleiben. Bestimmend dafür wird auch sein, ob sich der Libanon dem Syrienkonflikt entziehen wird können oder sich das im Libanon vorhandene Eskalationspotential entfaltet.



Emblem des "Syrisch-orthodoxen Militärrates" (Arabisch: Al-majlis al-askari as-suriyani as-suri)



Bild: Youtube

Videostandbild von der Gründung einer Miliz durch syrisch-orthodoxe Christen mit unkenntlich gemachten Gesichtern (Ende Jänner 2013)

GEPLANTE PUBLIKATIONEN 2013 (AUSWAHL)

- ⇒ IFK Monitor:
Spannungsfeld Sinai
- ⇒ IFK Aktuell:
Westafrika im Überblick
- ⇒ Study Group Information:
„The EU Meeting its Internal Challenges
– Implications for Stability in the Western
Balkans“
- ⇒ Schriftenreihe der LVAK:
Transitional Justice
- ⇒ Schriftenreihe der LVAK:
Die Umsetzung des Comprehensive Approach

Sie finden unsere BMLVS - Publikationen auch
im Internet auf unserer Homepage unter

[http://www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/
lvak/ifk/ifk.shtml](http://www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml)

IMPRESSUM

- Eigentümer, Verleger und Hersteller:
Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
LANDESVERTEIDIGUNGSKADEMIE
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Tel. +43 (0) 50201 10 28700
lvak.ifk@bmlvs.gv.at
- Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Brigadier Dr. Walter Feichtinger
- Designkonzept und Layout:
LVAK / Referat III - Medien
- Druck:
BMLVS / Heeresdruckerei Arsenal, 1030 Wien -
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt
HDruckZ xxxx/13

DAS INSTITUT

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAK) des österreichischen Bundesheeres. Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung
- Forschung und Lehre
- Öffentlichkeitsarbeit



- **Bedrohungs- und Konfliktbild:** Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und asymmetrische Bedrohungen ein zentrales Forschungsgebiet dar.
- **Konfliktanalyse:** Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.
- **Konflikttransformation:** Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Aufarbeitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.
- **Streitkräftestrukturen und -doktrinen:** In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.



MMag. Wolfgang Mühlberger

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie. Studien der Arabistik/Islamwissenschaft und Afrikanistik an der Universität Wien. Forschungsfelder: Israelisch-Arabischer Konflikt, islamistische Organisationen im Wandel (ägyptische Muslimbruderschaft, Hamas und Hisbullah), regionale Hegemoniebestrebungen sowie aktuelle Reformansätze im islamischen Denken.

Diese Publikation entstand mit besonderer Unterstützung von Elisabeth Farny, Philipp Freudenthaler und Leutnant Lukas Wank

